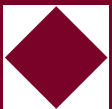


Schriftenreihe der Sektion
Politische Theorie und Ideengeschichte in der
Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft

36

Winfried Thaa | Christian Volk (Hrsg.)

Formwandel der Demokratie



Nomos

Schriftenreihe der Sektion
Politische Theorie und Ideengeschichte in der
Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft

Herausgegeben von
Prof. Dr. Ina Kerner
Prof. Dr. Regina Kreide

Band 36

Winfried Thaa | Christian Volk (Hrsg.)

Formwandel der Demokratie



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-5410-6 (Print)

ISBN 978-3-8452-9578-7 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	9
<i>Winfried Thaa und Christian Volk</i>	
I. Die Debatte um den Formwandel als Gegenstand der Demokratietheorie	
Fragile Demokratie	27
<i>Catherine Colliot-Thélène</i>	
Das Ende der Demokratie, wie sie sie kannten. Frühe Diagnosen eines Formwandels der Demokratie in der Bundesrepublik	39
<i>Veith Selk</i>	
»Enttäuscht Euch!« Wie Krisen-Narrative einen normativen Formwandel der Demokratie blockieren	57
<i>André Brodocz</i>	
Die öffentliche Meinung gibt es (immer noch) nicht. Eine Kritik an Pierre Rosanvallon und John Keane's öffentlichkeitszentrierten Formwandeltheorien	81
<i>Michel Dormal</i>	
Die Ausgestaltung der Autonomie als demokratischer Imperativ bei Castoriadis, Lefort und Gauchet	99
<i>Micha Knuth</i>	

II. Populismus, Technokratie und die Rolle der Demokratietheorie

Die 5-Sterne-Bewegung als Laboratorium neuer Tendenzen
und ihre widersprüchlichen Repräsentationsbeziehungen 129

Paula Diehl

Technokratie und Populismus: Entstellungen der Demokratie?
Demokratietheorie und demokratische Praxis 155

Claudia Landwehr

Der demokratische Griff nach der Notbremse.
Entfremdungsdiskurse und kulturelle Hegemoniekämpfe 175

Olaf Jann

III. Neue Partizipationsformen, neue Demokratie?

Deliberative Minipublics.
Zur Notwendigkeit einer Theorie der politischen Legitimation
von eingebetteten deliberativen Systemen 199

Gary S. Schaal und Fränze Wilhelm

Getriebene Parlamente? Der Formwandel der Demokratie
am Beispiel des Petitionswesens 223

Markus Linden

Verschriftlichung der Podiumsdiskussion
im Rahmen der Tagung der DVPW-Sektion »Politische Theorie«
zum Thema »Formwandel der Demokratie« 241

*Ingolfur Blühdorn, Robin Celikates, Hans J. Lietzmann
und Christian Volk*

IV. Neue Subjekte und neue Räume der Demokratie

Jenseits des Nationalen. Formwandel von Demokratie und Staatsbürgerschaft <i>Julia Schulze-Wessel</i>	267
Komplementäre demokratische Mitgliedschaften und Entwürfe transnationaler Ordnungsbildung <i>Anna Meine</i>	285
Formwandel oder Desintegration? Zur Möglichkeit eines demokratischen Neuanfangs in der Europäischen Union <i>Markus Patberg</i>	307

Einleitung

Winfried Thaa und Christian Volk

Von der Selbstgewissheit, mit der die liberalen Demokratien des Westens auf den Zusammenbruch der kommunistischen Einparteiensysteme in Osteuropa reagierten, ist nicht mehr viel zu spüren. Gewiss, Krisendiagnosen begleiten die repräsentative Demokratie seit ihren Ursprüngen. Neu scheint jedoch das Ausmaß zu sein, in dem die Überzeugung um sich greift, die Demokratie hätte ihre besten Zeiten bereits hinter sich (siehe hierzu auch die breite Rezeption der Postdemokratiethese von Colin Crouch (2004)). Diskutierte die Politikwissenschaft vor kurzem noch über die korrekte Zählweise der verschiedenen weltweiten Demokratisierungswellen, so scheint heute die Existenz der liberalen Demokratie selbst in ihren westlichen Stammländern bedroht (Levitsky u. Ziblatt 2018). Entsprechend beschäftigt sich die Demokratietheorie seit einigen Jahren mit der Frage, ob die Demokratie angesichts zunehmender gesellschaftlicher und politischer Ungleichheit sowie weitreichender Entpolitisierungstendenzen überhaupt noch eine Zukunft besitze und, falls doch, wo und wie demokratisches politisches Handeln dann überhaupt noch möglich sei.

Dennoch wählten wir für den Titel der Trierer Tagung im März 2017, auf die die Beiträge dieses Bandes zurückgehen, ganz bewusst den Begriff des »Formwandels«.¹ Angesichts der Erfolge rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa, des Wahlsiegs von Donald Trump in den Vereinigten Staaten von Amerika, des Austritts Großbritanniens aus der Europäischen Union und der unverkennbar autoritären Tendenzen in den jungen Demokratien im Osten Europas mag dies wie ein Euphemismus klingen. Dennoch wollen wir gegen das Niedergangs- und Verfallsnarrativ der Postdemokratiethese daran festhalten, dass die liberalen repräsentativen Demokratien derzeit ein durchaus gegensätzliches, zunächst einmal in seiner Komplexität zu rekonstruierendes Bild abgeben. Ein Bild, das einerseits von unverkennbaren Schwächen der repräsentativen politischen Institutionen, dem Erfolg popu-

1 Wir übernehmen den Begriff von Paul Nolte, allerdings ohne damit, wie er, eine positive, die Partizipationsmöglichkeiten der Bürger erweiternde Weiterentwicklung der repräsentativen zur multiplen Demokratie implizieren zu wollen (Nolte 2011).

listischer Parteien und dem Aufstieg charismatischer politischer Führer gekennzeichnet ist. Ein Bild, das bei genauerem Hinschauen jedoch andererseits auch weitreichende Beteiligungsansprüche seitens der Bürgerinnen und Bürger, aufmerksame, kritische Öffentlichkeiten, vielfältige Protestaktivitäten sowie die Institutionalisierung neuer Partizipationsformen erkennen lässt. Mit dem Begriff des »Formwandels« wollen wir ganz bewusst einen Raum öffnen für die Thematisierung dieser widersprüchlichen Entwicklungstendenzen und uns nicht vorschnell auf eine Interpretationsrichtung festlegen. Es scheint uns auch heute noch keineswegs ausgemacht, dass die vor mehr als zweihundert Jahren einsetzende Demokratisierung moderner Gesellschaften in den 1960er und 1970er Jahren mit den korporatistischen, stark sozialdemokratisch geprägten Formen politischer Inklusion ihren Höhepunkt gefunden haben soll und wir danach nur noch eine Verfallsgeschichte, eine durch wachsende Ungleichheit, Entpolitisierung und professionell gestaltete PR-Spektakel charakterisierte Entleerung demokratischer Formen beobachten konnten.

Der gerade während der letzten Jahrzehnte vielfach erfolgreiche Kampf gegen rechtliche und gesellschaftliche Diskriminierungen gesellschaftlicher Gruppen sowie die bereits erwähnten Proteste und neuen Partizipationsformen lassen es angebracht erscheinen, statt von einem Niedergang eher von einem Formwandel zu sprechen und kontrovers zu diskutieren, ob bzw. inwieweit wir es dabei mit einer Aushöhlung der demokratischen Prinzipien der Gleichheit und der Selbstregierung zu tun haben, und ob, bzw. in welchen Zusammenhängen und Formen wir derzeit auch Zeugen ihrer Neubelebung oder Neuinterpretation werden.

Diese Offenheit scheint allein deshalb schon angebracht, als derzeit ein grundlegender, in seinen Auswirkungen immer noch unklarer Wandel im Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Öffentlichkeit und repräsentativen Institutionen konstatiert werden kann. Die zunehmende Bedeutung elektronischer Medien, insbesondere jedoch das Internet und soziale Medien wie Facebook und Twitter, revolutionieren die jahrzehntelang vergleichsweise stabilen Strukturen der Parteiendemokratie. Begriffe wie »Monitory Democracy« (Keane) oder »Audience Democracy« (Manin) beschreiben eine Aufwertung des Hinschauens und permanenten Evaluierens von außen gegenüber dem aktiven politischen Mitgestalten in herkömmlichen politischen Institutionen. Offen bleibt dabei bislang, ob diese Verschiebung nur als Symptom eines demokratischen Substanzverlusts, etwa der weiteren Vermarktlichung des Verhältnisses zwischen Bürgern und Politik, oder möglicherweise auch als neues normatives Modell der Demokra-

tie begriffen werden kann. Zugleich gerät auch die Funktionsweise der Öffentlichkeit selbst in den Blick. Ist in den letzten Jahren ein neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit zu beobachten? Falls ja, wie ist er theoretisch auf den Begriff zu bringen und was sind die Folgen? Wie formt – oder deformiert? – die permanente Verfügbarkeit von Informationen in Echtzeit und die im Internet technisch möglich gewordene Umgehung journalistischer Vermittlung die demokratische Meinungsbildung? Längst organisieren sich Bewegungen wie das *MoVimento 5 Stelle* (M5S) in Italien erfolgreich über das Internet und begegnen konventionellen Medien mit Misstrauen. Sind soziale Netzwerke, E-Petitionen oder die durch das Netz ermöglichte radikale Transparenz politischer Akteure potenzielle Bausteine einer neuen »Demokratie der Aneignung« (Rosanvallon)? Oder zerfällt die übergreifende politische Öffentlichkeit vielmehr in eine demoskopische Simulation von Meinungsbildung einerseits und eine Vielzahl unverbundener, selbstreferenzieller Teilöffentlichkeiten andererseits?

Als weiteres Argument für eine prinzipielle Offenheit gegenüber dem derzeitigen Wandel der Demokratie darf daran erinnert werden, dass es zu Beginn dieses Jahrzehnts mit Bewegungen wie »Occupy Wall-Street«, dem Arabischen Frühling, den Gezi Park Protesten, aber auch mit lokalen Ereignissen wie dem Widerstand gegen »Stuttgart 21«, durchaus so aussah, als könnte auf die lange Phase neoliberaler Entpolitisierung eine neue Demokratisierungswelle folgen. In euphorischen Kommentaren seitens einiger intellektueller Beobachterinnen und Beobachter wurde in diesen Bewegungen sogar ein historischer Schritt zur Überwindung der repräsentativen durch eine »echte« oder »wirkliche« Demokratie gesehen,² oder von ersten Schritten zu einer »neuen, horizontalen Demokratie«, »jenseits parteigestützter Gegnerschaften und Mehrheitsentscheidungen« gesprochen.³ Nicht vergessen sollten wir auch die politischen Reaktionen auf die lauter gewordenen Partizipationsansprüche der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. Sie reichen von der Erleichterung von Volksentscheiden auf kommunaler und Landesebene, über die Einrichtung verschiedener Formen der konsultativen Beteiligung und dem Ausbau des Petitionswesens bis zu veränderten Politikstilen, wie etwa Kretschmanns »Politik des Gehörtwer-

2 So etwa Hardt u. Negri 2011 *The Fight for Real Democracy at the Heart of Occupy Wall Street*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/north-america/2011-10-11/fight-real-democracy-heart-wall-street>. Zugegriffen: 7.2.2018

3 So etwa Roth 2012.

dens«. Die letztgenannten Entwicklungen werden zwar in der Politikwissenschaft weiterhin thematisiert.⁴ In wenigen Jahren jedoch haben sich die Gewichte gewaltig verschoben, und es sind nun Rechtspopulismus und Autoritarismus, die der Entwicklung der Demokratie ihren Stempel aufdrücken und die Öffentlichkeit beschäftigen.

Insgesamt scheint die Epoche der angeblich alternativlosen, entpolitisierten Modernisierungsreformen beendet, und betrachtet man die jüngst wieder gestiegenen Wahlbeteiligungen,⁵ so kehren ganz offensichtlich große Teile der während der letzten Jahrzehnte in den westlichen Demokratien marginalisierten Bevölkerungsgruppen in den politischen Raum zurück. Denken wir an die Wahlerfolge Trumps und der rechtspopulistischen Parteien Europas, so geschieht dies jedoch überwiegend in einer antipluralistischen Opposition von Volk und Eliten oder gleich in der Gestalt eines gegen äußere und innere Bedrohungen mobilisierenden, ethnischen oder kulturellen Nationalismus. Erfolgreich werden Ökonomie und soziale Frage derzeit vor allem von rechts politisiert. Die Wut der Abgehängten richtet sich gegen die liberale akademische Elite, ihre kosmopolitische Kultur sowie gegen ethnische und religiöse Minderheiten. Es sind häufig nicht mehr die Organisationen der Arbeiterklasse, sondern populistische Bewegungen, die als politische Repräsentanten des Anspruchs auf kollektive Handlungsfähigkeit und der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit auftreten. Sichtbar wird dabei eine neue, kulturell geprägte politische Konfliktlinie zwischen liberalen Kosmopoliten und gemeinschaftsbezogenen Partikularisten. Deren Verhältnis zu dem jahrzehntelang die politische Landschaft bestimmenden Konflikt zwischen Arbeit und Kapital scheint noch im Fluss zu sein. Wie immer man sich zu diesen Entwicklungen politisch positionieren möchte: die Diagnose einer entpolitierten Epoche der Postdemokratie darf als widerlegt gelten. Ob die beobachtbare Neubelebung des politischen Konflikts jedoch in eine Renaissance der repräsentativen Demokratie, in einen partizipatorischen Wandel ihrer Formen oder aber zu »constitutional retrogression« (Ginsburg u. Huq 2018, S. 83) und zur Transformation in autoritäre Führerdemokratien münden wird, muss derzeit noch offen bleiben.

Das theoretische Denken steht gemeinhin nicht im Ruf, über herausragende zeitdiagnostische Fähigkeiten zu verfügen. Wir denken dennoch, dass die Beiträge dieses Bandes Hegel Lügen strafen und demonstrieren

4 Vgl. etwa Leggewie u. Nanz 2016; Lietzmann 2016.

5 Vgl. etwa Bertelsmann Stiftung, 2017. *Das Wahljahr 2017: Zwischen Emotionen und Fakten*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/dossier-wahljahr-2017/>. Zugegriffen: 7.2.2018.

werden, dass die Eule der Minerva nicht auf die Dämmerung zu warten braucht, sondern noch vor Einbruch der Dunkelheit wichtige Erkenntnisse hervorbringen kann. Von der Politischen Theorie sind nicht unbedingt tagespolitische Prognosen zu erwarten. Wer demnächst Wahlen gewinnen wird, welche Regierungskoalitionen zu erwarten sein dürften, und wie sich innerparteiliche Kräfteverhältnisse ändern werden, können andere wahrscheinlich besser prognostizieren.

Da jedoch Grund zur Annahme besteht, dass wir es über aktuelle Wahlen und Regierungsbildungen hinaus in Frankreich wie Großbritannien, in den USA, in Italien oder Deutschland mit tiefer gehenden Zäsuren und Umbrüchen zu tun haben, sollte man das Feld nicht der Demoskopie und der Regierungslehre überlassen, sondern die Anstrengung des Begriffs und das rational argumentierende, normative Urteilen ins Spiel bringen. Was sich derzeit beobachten lässt, sind schließlich Veränderungen, die sehr grundsätzlich das Verhältnis von Gleichheit und Demokratie, von gesellschaftlicher Pluralität und politischer Repräsentation, von Individuen, Öffentlichkeit und intermediären Strukturen betreffen, nicht zuletzt aber auch die Frage nach der Konstitution politischer Subjekte und Gemeinwesen, der Regelung von Zugehörigkeiten und der Legitimation von Grenzen aufwerfen. Dies jedoch sind, wie sich im Folgenden hoffentlich zeigen wird, die ureigenen Themen der Politischen Theorie.

Selbstverständlich lässt sich ein derart weites Feld nicht erschöpfend in einem Band erarbeiten. Die hier vorliegenden Beiträge konzentrieren sich auf vier, für eine genauere Durchdringung des derzeitigen Wandels der Demokratie zentrale Themenkomplexe:

- I. Die Debatte um den Formwandel als Gegenstand der Demokratietheorie
- II. Populismus, Technokratie und die Rolle der Demokratietheorie
- III. Neue Partizipationsformen, neue Demokratie?
- IV. Neue Subjekte und neue Räume der Demokratie

I. Die Debatte um den Formwandel als Gegenstand der Demokratietheorie

Der erste thematische Block kontextualisiert die neuere Debatte zur Krise der Demokratie in historischer und normativer Hinsicht und setzt sich mit

einigen der aktuell meistdiskutierten Demokratietheorien intensiver auseinander. Den Anfang macht **Catherine Colliot-Thélène** mit ihrem Beitrag unter der Überschrift »Fragile Demokratie«. Diesen Titel begründet sie mit der Beobachtung, dass heute, im Gegensatz zu vergangenen Krisen der Demokratie, in denen Viele, sowohl von Links wie von Rechts, ihre Abschaffung forderten, die Demokratie heute nicht mehr explizit abgelehnt würde. Problematisch geworden seien jedoch heute ihre Bedeutung, ihre Implikationen und die Formen ihrer Institutionalisierung. Nachdem sich diese Diskussion längere Zeit auf die Grenzen der repräsentativen Demokratie einerseits, die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer kosmopolitischen Demokratie andererseits konzentriert habe, stehe derzeit ein anderes Thema im Vordergrund, nämlich der Populismus. »Populismus« werde häufig als ein epidemisches Virus vorgestellt, das sich neuerdings in Europa und den Vereinigten Staaten ausbreitet. Die Tatsache, dass sowohl die linke als auch die rechte Kritik am Grundkonsens der traditionellen Regierungsparteien unter denselben Begriff gefasst werden, verhindere jedoch eine Analyse der Gründe, weshalb ein zunehmender Teil der Staatsbürger den Vertretern dieser Parteien nicht mehr traut. Weit entfernt, ein Desinteresse an der Politik anzuzeigen, sei der »Populismus« ein, wie auch immer grober, Protest gegen den Entzug der Politik.

Die Verfasserin wendet sich jedoch auch gegen die besonders unter post-strukturalistischen Theoretikern verbreiteten Versuche, den Begriff der Demokratie über Protestbewegungen und episodische Revolutionen neu zu definieren. Die moderne Demokratie müsse, im Unterschied zu ihrer antiken Vorläuferin, als ein gemischtes Wesen verstanden werden. Angesichts autoritärer oder »illiberaler« Demokratien bedürfe das Wort »Demokratie« einer Ergänzung durch ein Prädikat. Das einzige Kriterium jedoch, das unser Urteil in Bezug auf die Demokratie begründen könne, sei das Prinzip der Rechtsgleichheit Aller. In diesem Prinzip bestehe die wirkliche Innovation der modernen Demokratie.

Der Beitrag von **Veith Selk** »Das Ende der Demokratie wie wir sie kennen« skizziert zunächst die von Colin Crouch geprägte Diskussion zur Postdemokratie und vergleicht diese dann mit Diskussionen zu einem Formwandel der Demokratie, wie sie bereits in der Bundesrepublik der 50er Jahre geführt wurden. Wie sich anhand zeitgenössischer Texte von Theodor Eschenburg, Werner Weber, Siegfried Landshut, Jürgen Habermas und Helmut Schelsky belegen lässt, erschienen bereits in dieser Zeit fundamentalkritische Beiträge zur Demokratieentwicklung. Der Postdemokratiethese nicht unähnlich, beschrieben sie den Wandel der Demokratie als einen Prozess der Entdemokratisierung. So diagnostizierten sie unter anderem eine

zunehmende Bürokratisierung und Stärkung der Exekutive und eine Umgehung oder Entleerung von formalen demokratischen Verfahren und Institutionen, die zwar als »Hülle«, »Gehäuse« oder »Hülse« bestehen blieben, aber gleichsam nur die Fassade bildeten, hinter der sich eine radikal gewandelte politische Wirklichkeit verberge. Der Aufsatz rekonstruiert diese Beiträge mit einem vierdimensionalen Raster zur Transformationsanalyse und schließt mit der These, dass ihre Diagnosen mit Blick auf drei Transformationsprozesse weiterhin relevant sind: der Informalisierung von Politik, dem Verschwinden programmatischer Ordnungsdebatten und der Oligarchisierung politischer Eliten. Da die Beiträge Demokratie als eine historische Regimeform begreifen, und somit für geschichtliche Formveränderungen politischer Herrschaft sensibel sind, können sie auch auf der konzeptionellen Ebene Aktualität beanspruchen.

André Brodocz Beitrag steht derartigen Thesen sehr kritisch gegenüber und wendet sich explizit gegen die vielfältigen Krisen-Narrative, die den Zustand moderner Demokratien zu umschreiben versuchen. Der Beitrag mit dem Titel »Enttäuscht Euch! Wie Krisen-Narrative einen normativen Formwandel der Demokratie blockieren« geht dabei von der Annahme aus, dass Demokratietheorien wie die von Chantal Mouffe, Jeffrey Edward Green und Pierre Rosanvallon gezeigt haben, wie die liberalen Demokratien des Westens auf Seiten der Bürgerinnen und Bürger Erwartungen erzeugen, die ihre politischen Ordnungen in der Praxis gar nicht, zumindest nicht vollends erfüllen können. Trotz der damit verbundenen Enttäuschungen werden die Erwartungen an die Demokratie in den sogenannten liberalen Demokratien des Westens nicht geändert. Vor diesem Hintergrund stellt Brodocz die Frage, wie in Demokratien sich selbst enttäuschende normative Erwartungen – gegen die wiederkehrende Erfahrung ihrer Enttäuschung – aufrechterhalten werden? Wie wird also ein normativer Formwandel der Demokratie blockiert? Der Beitrag verfolgt diesbezüglich zwei Ziele: Zum einen wird die These vertreten, dass die öffentlich debattierten »Krisen« der Demokratie als Narrative politischer Verunsicherung einen normativen Formwandel verhindern, indem sie bei den Bürgerinnen und Bürgern die Erwartung stabilisieren, dass die durch das Narrativ weiterhin gerechtfertigten Erwartungen an die demokratische Ordnung wieder enttäuscht werden. Krisen-Narrative schaffen also eine paradoxe der Form der Sicherheit: statt die enttäuschten Erwartungen revidieren zu helfen, machen diese Narrative künftige Enttäuschung erwartbar und nehmen der Erwartung so die Unsicherheit. Zum anderen wird – explorativ an Redebeiträgen der AfD-Frak-

tion im Thüringer Landtag illustriert – eine Heuristik narrativer Mechanismen vorgestellt, mit der sich diese Krisen-Narrative analytisch rekonstruieren lassen.

Auch **Michel Dormal** reflektiert in seinen Beitrag kritisch die Rolle der Öffentlichkeit im Formwandel der Demokratie. Im Unterschied jedoch zu Brodcocz empirisch angehauchter Analyse, entwickelt Dormal ein vorwiegend theoretisches Argument. Unter dem Titel »Die öffentliche Meinung gibt es (immer noch) nicht. Eine Kritik an Pierre Rosanvillons und John Keanes öffentlichkeitszentrierten Formwandeltheorien« analysiert er zwei der prominentesten Theoretiker der Formwandel-These. Beide, Rosanvallon und Keane, gehen davon aus, dass Parteien und Parlamente an Bedeutung verlieren und durch eine aktive, kritische Öffentlichkeit als Dreh- und Angelpunkt der Demokratie abgelöst werden. Beide Autoren sehen diese Entwicklung als Chance für demokratische Innovationen. Dagegen wird im Beitrag die Gegenthese vertreten, dass die öffentlichkeitszentrierte Rekonfiguration des Demokratiebegriffs im Kern auf überkommenen Demokratievorstellungen des 19. Jahrhunderts basiert. Um dieses Argument zu entwickeln, greift Dormal auf einige kritische Überlegungen von Wilhelm Hennis und Pierre Bourdieu zum entpolitisierenden Charakter der »öffentlichen Meinung« zurück. Die demokratisch gebotene Rückkopplung der Macht an die Regierten löst sich demnach immer weiter ab von kollektiven Repräsentationsbeziehungen entlang dauerhafter sozialer Konfliktlinien. Sie verlagert sich hin zu prä- und postrepräsentativen Kanälen der Kontrolle der Mächtigen und der Ermittlung der individualisierten Sorgen der Bürger. Infolge dieser Neudefinition von Demokratie als Regime eines fortlaufenden öffentlichen Monitorings verschwindet das Versprechen einer positiven Gestaltung der gesellschaftlichen Machtkonkurrenz und Kräfteverhältnisse, wie sie konventionelle mehrheits- und parteidemokratische Institutionen der Idee nach leisten, wieder aus der Demokratietheorie.

Micha Knuths Überlegungen mit dem Titel »Die Ausgestaltung der Autonomie als demokratischer Imperativ bei Castoriadis, Lefort und Gauchet« gehen in eine ähnliche Richtung. Der Beitrag startet von der Beobachtung, dass sich die Demokratie in der westlichen Hemisphäre als die einzig legitime Gesellschaftsform zwar durchgesetzt zu haben scheint, über ihren substantiellen Gehalt jedoch weiterhin gestritten werde. Mit seinem Beitrag schreibt sich Knuth in diese Diskussion ein, indem er die Demokratieverständnisse der drei besagten Denker einer kritischen Analyse unterzieht und deren ideengeschichtliche Hintergründe offenlegt. Dabei vertritt Knuth die These, insbesondere Gauchets Analysen seien für ein Verständnis des aktuellen Formwandels der Demokratie besonders wertvoll. Im Gegensatz zur

direktdemokratischen Demokratietheoriekonzeption von Castoriadis und im Unterschied zu Lefort, mit dem er zwar die Befürwortung der repräsentativen Form der Demokratie teilt, dessen Fokussierung auf die zivil-gesellschaftlichen Dynamiken Gauchet aber ablehnt, entwickelt er die Forderung, dass die Auseinandersetzung um politische Projekte und Programme in den Mittelpunkt des politischen Diskurses gestellt werden sollte. Politik wird so zum Streit über die substantiellen Ideale und Ziele einer Gesellschaft, die diese in der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte definiert, um ihre Zukunft bewusst zu gestalten. Es ist eben dieser Streit um die substantiellen politischen Ziele, der in den Demokratien der westlichen Hemisphäre aktuell virulent wird, der Gauchets Analysen eine ungeahnte Aktualität verleiht.

II. Populismus, Technokratie und die Rolle der Demokratietheorie

Die Beiträge des zweiten Themenblocks greifen die derzeitige Debatte zur Gefährdung der Demokratie durch den Erfolg populistischer Bewegungen auf, fragen jedoch über die definitorische und normative Ebene hinaus zum einen stärker nach den widersprüchlichen Potentialen populistischer Bewegungen in konkreten Krisensituationen der Demokratie und thematisieren zum anderen das Verhältnis von Demokratietheorie und Krisendiagnosen, bzw. empirischer Forschung.

Paula Diehls Beitrag zu der mittlerweile ja die italienische Regierung führenden 5-Sterne-Bewegung (M5S) beschreibt diese als eines der komplexesten und widersprüchlichsten politischen Phänomene unserer Zeit. Zum einen verändere sie sich ständig, zum anderen entziehe sie sich jeglicher eindeutigen politiktheoretischen bzw. politiksoziologischen Klassifikation. Die M5S hat die politische Landschaft in Italien tief verunsichert. Dies liege nicht nur an ihrem populistischen Appell und ihrer ideologischen Wandelbarkeit, sondern auch an ihren innovativen Strukturen und komplexen Repräsentationsbeziehungen. Diese artikulieren sich als Antworten auf massenmediale Transformationen, Digitalisierung und Gesellschaftsfragmentierung. Insbesondere die durch das Internet angestrebte Ausschaltung von medialen und organisatorischen Vermittlungsinstanzen, für die diese Bewegung steht, scheinen einerseits Transparenz, Partizipation und direkte Demokratie zu ermöglichen, werden andererseits aber durch personalisierte, autoritäre Strukturen konterkariert. Die M5S bietet daher ein Laboratorium für das Verstehen der politischen Repräsentation, anhand dessen

neue Formen der Kommunikation und Organisation und damit auch neue Möglichkeiten und Risiken für die Demokratie beobachtet werden können.

Claudia Landwehr geht in ihrem Beitrag »Technokratie und Populismus: Entstellungen der Demokratie? Demokratietheorie und demokratische Praxis« der Frage nach, inwieweit die in der politischen Theorie diagnostizierten »Entstellungen« der Demokratie tatsächlich auf einen Formwandel demokratischer Herrschaftsordnungen, also real existierender Institutionen und Praktiken verweisen, oder ob sie weitgehend auf der Ebene der Kritik von Demokratiekonzeptionen verbleiben, also auf fehlgeleitete Ideen über Kernbestandteile und Ziele der Demokratie aufmerksam machen. Hinter dieser Frage verbergen sich zwei zusammenhängende und grundsätzlichere Fragen. Erstens geht es hier um das Verhältnis zwischen Demokratietheorie und empirischer Demokratieforschung: Inwiefern kann und sollte erstere auf Erkenntnisse der letzteren systematisch Bezug nehmen? Und inwieweit ist die empirische Forschung zwangsläufig auf in der politischen Theorie entwickelte Kategorien und Bewertungsmaßstäbe angewiesen? Zweitens stellt sich die empirisch überaus interessante Frage, ob und wie Demokratiekonzeptionen aus akademischen Diskursen in Diskurse politischer Eliten, in öffentliche Diskurse und schließlich auch in das Demokratieverständnis der Bürgerinnen und Bürger »einsickern« beziehungsweise umgekehrt auf Veränderungen und Dynamiken der öffentlichen Meinungsbildung reagieren.

Ausgehend von diesen beiden Fragestellungen entwickelt der Beitrag ein Forschungsprogramm, das politische Theorie und empirische Forschung in der Diagnose von Wandlungsprozessen der Demokratie zusammenbringt. Exemplarisch breitet der Beitrag eigene empirische Forschungsergebnisse zum Demokratieverständnis von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland aus, die Aufschluss darüber geben, ob und inwieweit technokratische und populistische Politikangebote auf eine entsprechende Nachfrage treffen. Der Beitrag schließt mit dem Fazit, dass die politische Theorie sich an einem Prozess der öffentlichen Meta-Deliberation beteiligen sollte, der den demokratischen Prozeduralismus verteidigt und den für die Funktionsfähigkeit der Demokratie erforderlichen Verfahrenskonsens erneuert.

Olaf Janns Überlegungen »Der demokratische Griff nach der Notbremse. Entfremdungsdiskurse und kulturelle Hegemoniekämpfe« setzen beim akkusatorisch-stigmatisierenden Gehalt des Populismus-Begriffs an. In der politischen Diskussion sei Populismus vor allem ein Kampfbegriff zur politischen Diffamierung, kulturellen Diskreditierung und moralischen Dämonisierung eines ideologischen Gegners, um einer inhaltlichen Ausei-

nersetzung ausweichen zu können. Jann argumentiert, dass dies als politische Taktik durchaus plausibel sei, da jede gesellschaftliche Ordnung eine Rechtfertigungsordnung sei und soziale Macht auf dem Vermögen beruhe, den Raum der Rechtfertigungen für andere beeinflussen oder verschließen zu können. Auf diese Weise soll der Begriff des Populismus als ein diskursiver Akt der Diskriminierung, der Tabuisierung und der Entmündigung von Sprechern dazu dienen, sowohl politische, als auch moralische Ausschlussmechanismen zu begründen und damit den öffentlichen Diskursraum disziplinarisch begrenzen. Im Anschluss an diese Diagnose und entgegen der gängigen Debatte akzentuiert der Beitrag daher die positive Funktion des Populismus als demokratischer Seismograf eines Bürgerprotests. Er deutet Populismus nicht nur als Beleg für einen Vertrauensverlust in die Problemlösungskompetenz politischer Akteure, sondern zugleich als das bürgerschaftliche Aufbegehren gegen eine alternativlose Weltdeutung der Entgrenzung und technokratischen Entdemokratisierung. In diesem Kontext vertritt der Beitrag die These, dass durch die gegenwärtige Populismusdebatte lediglich ein sozialstruktureller Konflikt verdeckt wird, welcher wiederum anhand einer kulturellen Demarkationslinie zwischen einem kulturellen und moralischen Kosmopolitismus einerseits und den Identitäts- und Schutzbedürfnissen partikularer Solidargemeinschaften andererseits nachgezeichnet werden kann. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen alleine unter der Begrifflichkeit Populismus – und damit demokratietheoretisch – abhandeln zu wollen, erweist sich daher als gesellschaftstheoretisch unterkomplex.

III. »Neue Partizipationsformen, neue Demokratie?«

Unter der Überschrift »Neue Partizipationsformen, neue Demokratie?« gehen die Beiträge und die Podiumsdiskussion der Frage nach, ob, bzw. wie die sich während der letzten Jahre in Deutschland stark verbreitenden neuen Formen politischer Partizipation tatsächlich die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger verbessern, politisch Einfluss zu nehmen. **Gary S. Schaal** und **Fränze Wilhelm** diskutieren neue deliberative Beteiligungsformate. Der Beitrag mit dem Titel »Deliberative Minipublics. Zur Notwendigkeit einer Theorie der politischen Legitimation von eingebetteten deliberativen Systemen« geht davon aus, dass im Zuge demokratischer Institutionenpolitik zunehmend neue Beteiligungsformate politisch gewollt von oben auf lokaler Ebene implementiert werden. Die demokratietheoretische Diskussion jedoch vernachlässige die Motive von Politik und Verwaltung bei

der Implementation sogenannter demokratischer Innovationen. Die politischen Gründe für eine Erweiterung des politischen Beteiligungsportfolios deckten sich nicht mit den Hoffnungen und Erwartungen, die sich in der akademischen Literatur finden, wie der Beitrag anhand von deliberativen Minipublics exemplarisch zu zeigen versucht. Häufig scheiterte die Aufnahme von diskursiv generierten Entscheidungsempfehlungen in den etablierten demokratischen Prozess – und damit der Erfolg solcher deliberativer Beteiligungsformate – an politischen Eliten, die auf lokaler Ebene die Legitimation des Verfahrens in Zweifel ziehen. Dieser Legitimationsvorbehalt richtet sich insbesondere gegen Verfahrensinnovationen, die die Inklusion von Entscheidungsbetroffenen entlang sozioökonomischer Merkmale erhöhen sollen, wie zum Beispiel Zufallsauswahlen und Quoten. Vor diesem Hintergrund wird im Beitrag der Ansatz des eingebetteten deliberativen Systems für die lokale Ebene entwickelt und von alternativen Entwürfen abgesetzt.

Nicht deliberative Minipublics, sondern das Petitionswesen als demokratische Beteiligungsform steht im Zentrum von **Markus Lindens** Beitrag. In »Getriebene Parlamente? Der Formwandel der Demokratie am Beispiel des Petitionswesens« geht er der Frage nach, welche Rolle Petitionen im Formwandel der Demokratie spielen und welche Herausforderungen und Probleme sich daraus ergeben. Wie lässt sich das Petitionswesen so ausgestalten, dass es neuen Gewohnheiten politischen Handelns gerecht wird, ohne die normativen Vorzüge des Parlamentarismus zu unterlaufen? Als empirisches Beispiel wird Deutschland herangezogen, da das parlamentarische Petitionswesen auf Bundesebene für andere Länder Vorbildcharakter besitzt und paradigmatisch für offene Entwicklungstendenzen in westlichen Demokratien steht. Neue, erweiterte Partizipationsformen werden eingeführt, um Legitimitätsdefiziten der repräsentativdemokratischen Ordnung vorzubeugen bzw. entgegenzuwirken. Gleichzeitig diskutiert der Beitrag die Entstehung privat bereitgestellter Partizipationsmöglichkeiten in Form von Petitionsplattformen, die die Aufmerksamkeit für Petitionen zusätzlich gesteigert haben. Dieser institutionelle Formwandel führt zu einer Anspruchsinflation und zu einer erheblichen Unübersichtlichkeit. Obwohl der Deutsche Bundestag mit seiner Petitionsplattform Agendasetzer war, steht er unter Druck. Private Plattformen drohen, ihm das Wasser abzugraben und drängen auf die privilegierte institutionelle Kooperation. Der Beitrag argumentiert, dass bei einer weiteren Reform des Petitionswesens solche Public Private Partnerships in Kernbereichen demokratischer Verfahren unbedingt vermieden werden sollten. Das private ausgestaltete Petitionswesen im Internet, bei

dem Unternehmertum und die Rolle von Kampagnenorganisationen zu Disparitäten führten, sei nicht geeignet, eine dem Gleichheitsprinzip gerecht werdende politische Repräsentation zu gewährleisten. Stattdessen sollte das Verfahren des Parlaments deparernalisiert (die Richtlinien des Petitionsausschusses bieten zu große und unspezifische Eingriffs- und Zurückweisungsmöglichkeiten) und wesentlich verbindlicher ausgestaltet werden.

Der dritte Themenkomplex wird abgeschlossen mit der transkribierten Podiumsdiskussion »Mehr Partizipation – weniger Demokratie?«. Die Debatte auf dem Podium führten **Ingolfur Blühdorn**, **Robin Celikates** und **Hans J. Lietzmann**. Ausgehend von der Zunahme an demokratischen Beteiligungsformen und der Forderung nach mehr Partizipation, wie sie sich in dem Anstieg von Protestaktivitäten auszudrücken scheint, diskutieren Blühdorn, Celikates und Lietzmann die Frage, wie dieses Mehr an politischer Partizipation demokratie- und gesellschaftstheoretisch zu deuten sei.

IV. Neue Subjekte und neue Räume der Demokratie

Die Beiträge des letzten Blocks diskutieren die zweifache grundlegende Herausforderung vor der nationalstaatlich verfassten Demokratien heute stehen: zum einen das Aufbrechen ihrer räumlichen Grenzen durch internationale Regime und supranationale Institutionen, zum anderen die Tatsache, dass im Zusammenhang von Migration und Fluchtbewegungen politische Akteure auf den Plan treten, die über keinen Bürgerstatus verfügen.

Julia Schulze-Wessel schließt an die letztgenannte Herausforderung an und argumentiert in ihrem Beitrag »Jenseits des Nationalen. Formwandel von Demokratie und Staatsbürgerschaft«, dass der Formwandel der Demokratie eng mit dem Wandel ihrer nationalstaatlichen Verfasstheit zusammenhängt. In den letzten Jahren haben sich so neue Forschungsfelder jenseits des »methodologischen Nationalismus« aufgetan. Die auch in Demokratietheorien klassische Fokussierung auf den zentralen Akteur und den zentralen Ort von Politik – der Staatsbürger im territorial begrenzten Nationalstaat – hat dazu geführt, andere Figuren in einer politiktheoretischen Betrachtung entweder zu vernachlässigen oder sie lediglich als Gegenfiguren zum Staatsbürger zu begreifen. Seit der nationalstaatlichen Verfasstheit politischer Ordnungen gehört die Figur des Flüchtlings zu diesen Gegenfiguren. Sie sind auf verschiedenen Ebenen dem Staatsbürger entgegengesetzt, verkörpern Ausgeliefertsein, Opferdasein, Handlungsunfähigkeit, Rechtsbruch und Isolation. Jedoch hat das Aufbrechen des nationalstaatlichen Rahmens in den letzten Jahren dazu geführt, tradierte Gegenfiguren

zum klassischen Staatsbürger demokratischer Ordnungen, neu zu konzipieren. Der Beitrag bricht die Gegenüberstellung von Staatsbürger und Flüchtling auf. Flüchtlinge können so als produktive, politisch handelnde und in Gemeinschaften eingelassene Figuren verstanden werden, die Grenzziehungen sowohl hinterfragen als auch ihnen unterliegen.

Die generelle Stoßrichtung von Schulze-Wessel aufgreifend fragt **Anna Meine** in ihrem Beitrag, ob demokratische Mitgliedschaft vervielfacht werden kann und, wenn ja, wie eine demokratische Ordnung mehrfacher Mitgliedschaften institutionell gestaltet werden kann und soll. Unter Bedingungen der Globalisierung ist die Frage, wie eine demokratische Ordnung auch jenseits des Staates aussehen kann und soll, Gegenstand intensiver Diskussionen. Theoretische Vorschläge reichen von Formen des Intergouvernementalismus bis zu kosmopolitischer Demokratie. Der Beitrag zeigt, dass in den allermeisten dieser Vorschläge die Perspektive der Bürgerschaft randständig bleibt. Demgegenüber schlägt sie in ihrem Beitrag mit dem Titel »Komplementäre demokratische Mitgliedschaften und Entwürfe transnationaler Ordnungsbildung« eine Alternative vor. Meine argumentiert, dass demokratische Mitgliedschaft vervielfacht werden kann, wenn mehrfache demokratische Mitgliedschaften als im engen Sinn komplementär, d. h. als einander ergänzend und zugleich widersprechend, konzipiert werden. Diese Vervielfältigung ist dadurch allerdings zugleich an starke Bedingungen gebunden, die nicht vorrangig in Fragen von Zugehörigkeit und Identität, sondern in der Logik demokratischen Entscheidens selbst gründen. Sowohl die Partikularität demokratischer Mitgliedschaft aus der Perspektive der Teilnehmenden als politisch Gleiche als auch Ergänzungsverhältnisse zwischen partikularen Mitgliedschaften aus Perspektive der Beobachtenden müssen anerkannt und durch die Bestimmung und Trennung mitgliederschaflicher Kontexte institutionalisiert werden.

Die Europäische Union (EU) als ein politisches Ordnungsgebilde mit komplementären Mitgliedschaften ist Gegenstand des Beitrags von **Markus Pathberg**. In »Formwandel oder Desintegration? Zur Möglichkeit eines demokratischen Neuanfangs in der Europäischen Union« vertritt er die These, dass man der EU-Verfassungspolitik ein plausibleres demokratietheoretisches Fundament verleihen könnte, wenn man die Kategorie der verfassungsgebenden Gewalt jenseits des Staates aufgreift und in die Debatte einführt. Diese läuft mit Blick auf die EU auf die Vorstellung eines *pouvoir constituant mixte* hinaus, der sich aus den Bürgerinnen in zwei Rollen – als Staatsbürgerinnen und als EU-Bürgerinnen – zusammensetzt. Auf dieser Basis wird schlussendlich ein Modell der EU-Verfassungspolitik umrissen,

das die Vorherrschaft konstituierter Gewalten beenden und dem supranationalen Gemeinwesen einen demokratischen Neuanfang ermöglichen könnte. Patberg sieht in diesem demokratischen Neuanfang die einzig plausible Antwort auf die tiefgehende Krise der EU und argumentiert für einen Formwandel der EU-Demokratie in Form einer Transformation ihrer verfassungspolitischen Verfahren.

Der Sammelband basiert auf den Beiträgen die im Rahmen der Tagung »Formwandel der Demokratie« der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte« gehalten worden sind. Die Tagung fand vom 29. bis 31. März 2017 in Trier statt. Wir bedanken uns an dieser Stelle bei der Fritz-Thyssen-Stiftung und der Universität Trier, die diese Tagung großzügig finanziell unterstützt haben. Wir bedanken uns bei Regina Kreide, Ina Kerner und den anonymen Gutachterinnen und Gutachtern für Empfehlung und Aufnahme des Bandes in die Schriftenreihe der Sektion für Politische Theorie und Ideengeschichte. Darüber hinaus gilt unser besonderer Dank Ann-Kathrin Koster, Sebastian Berg, Sebastian Stein und Anke Bauer, die uns bei der Durchführung der Tagung unterstützt haben. Michel Dormal, Michael Kubiak und Markus Linden waren in die konzeptionelle Planung der Tagung involviert. Auch ihnen gilt unser Dank. Zuletzt möchte wir noch den studentischen Hilfskräften – Ann-Kathrin Koster, Teresa Dionsio Otten, Vera Reitzenstein und Moritz Fromm – unseren Dank aussprechen, die uns bei der Korrektur der Beiträge wie auch bei der Endredaktion des Bandes tatkräftig unterstützt haben.

Literaturverzeichnis

- Bertelsmann Stiftung. 2017. *Das Wahljahr 2017: Zwischen Emotionen und Fakten*. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/dossier-wahljahr-2017/>. Zugegriffen: 7.2.2018.
- Crouch, Colin. 2004. *Post-Democracy*. Cambridge: Polity Press.
- Hardt, Michael, und Antonio Negri. 2011. *The Fight for Real Democracy at the Heart of Occupy Wall Street*. <https://www.foreignaffairs.com/articles/north-america/2011-10-11/fight-real-democracy-heart-wall-street>. Zugegriffen: 7.2.2018.
- Huq, Aziz, und Tom Ginsburg. 2018. How to lose a constitutional democracy. *UCLA Law Review* 78: 78-169.
- Leggewie, Claus und Patricia Nanz. 2016. *Die Konsultative*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Levitski, Steven und Daniel Ziblatt. 2018. *How Democracies Die*. New York: Crown.

- Lietzmann, Hans. 2016. Die Demokratisierung der Repräsentation. Dialogische Politik als neue Form der repräsentativen Demokratie. In *Politik mit Bürgern. Politik für Bürger*, Hrsg. Manuela Glaab, 41-57. Wiesbaden: Springer VS.
- Nolte, Paul. 2011. Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1-2: 5-12.
- Roth, Roland. 2012. Vom Gelingen und Scheitern sozialer Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 25(1): 21-31

I.

**Die Debatte um den
Formwandel
als Gegenstand der
Demokratiethorie**

Fragile Demokratie

Catherine Colliot-Thélène

Das Thema »Demokratie« steht heute an erster Stelle in der Rangfolge der Forschungsobjekte der politischen Theorie und der politischen Philosophie. Die Vielzahl von Tagungen, Büchern und Aufsätzen, die diesem Thema gewidmet sind, nährt sich aus dem weitverbreiteten Gefühl, dass die Demokratie heute in einer Krise steckt, insbesondere in den Ländern, die bis vor kurzem als exemplarisch galten, für das, was ein demokratisches politisches Regime ist. Eine historische Rückschau auf die zwei vergangenen Jahrhunderte zeigt aber, dass die Rede von der »Krise« der Demokratie keineswegs neu ist. Einige Autoren gehen sogar soweit, zu behaupten, dass Krisen für die Demokratie konstitutiv sind.¹ Sicher sind Analogien zwischen verschiedenen Epochen in der Geschichte der modernen Demokratien festzustellen. Da sich aber keine Epoche auf eine bloße Wiederholung der Vergangenheit reduzieren lässt, kann der Vergleich mit vergangenen Epochen nur Elemente für eine Analyse der Gegenwart bieten. Deshalb gilt es, die Besonderheiten der gegenwärtigen Epoche zu identifizieren. Im Gegensatz zu vergangenen Zeiten, in denen Viele, sowohl links als rechts, die Abschaffung der Demokratie verlangten, scheint es, um den heutigen Zustand der Demokratie zu charakterisieren, angemessener, von einem Unbehagen statt von einer Krise zu sprechen. Die Demokratie als solche wird nämlich nicht mehr ausdrücklich bestritten. Ihre Bedeutung, ihre Implikationen und die Formen ihrer Institutionalisierung unter den heutigen Bedingungen erscheinen aber immer problematischer.

1. Das Unbehagen in der Demokratie, ihre Symptome: Wahlenthaltung und Populismus.

Die Diagnose einer »Krise« der Demokratie setzt immer einen Rückblick auf eine frühere Zeit voraus, in der die Demokratie ordentlich funktionierte und allgemein akzeptiert wurde, sowohl bezüglich ihres Wertes – als das bestmögliche politische Regime – als auch hinsichtlich ihrer Form. Das

1 Z.B. Nolte (2012, S. 278): »Man kann sich die Geschichte der Demokratie überhaupt als die Geschichte einer 'Krise' vorstellen«.

heutige Unbehagen hebt ab auf den Kontrast mit den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg. Die Demokratie, deren Lage uns heute beunruhigt, ist die liberale Demokratie, in der Form, die sie in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten nach 1945 angenommen hat. Einfachheitshalber sollen die Unterschiede zwischen der amerikanischen und den europäischen Traditionen der Demokratie, die von einigen Autoren (insbesondere von Hannah Arendt in ihrem Vergleich zwischen der französischen und der amerikanischen Tradition (Arendt 2000) auf die Spitze getrieben worden sind, beiseitegelassen werden. Im Großen und Ganzen wurden die politischen Regime in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten - insbesondere wegen des Gegensatzes zu den Volksdemokratien der sowjetischen Welt – als Varianten desselben Paradigmas wahrgenommen.

Bereits seit einiger Zeit wird also von einer Krise der politischen Institutionen gesprochen, die seit dem Ende des zweiten Weltkriegs als die weitestgehende Verwirklichung des »guten Regimes« galten. Allerdings haben sich die identifizierten Krisensymptome in letzter Zeit verändert. Vor zehn Jahren verteilten sich die Forschungsarbeiten über die Demokratie auf zwei Hauptthemen: Die Grenzen der repräsentativen Demokratie einerseits, die Möglichkeit bzw. Unmöglichkeit einer kosmopolitischen Demokratie andererseits.² Derzeit steht ein anderes Thema im Vordergrund, der Populismus. Niemand, der über den heutigen Zustand der Demokratie schreibt, kann es vermeiden, sich mit der Frage nach der Beziehung zwischen Demokratie und Populismus zu befassen.

Was sind die Gründe für diese Veränderung? An erster Stelle ist es die steigende Wahlenthaltung, die Besorgnis erregt hat. Da die Wahl der politischen Verantwortungsträger – sei es der Gesetzgeber bzw. der Regierenden – in einer repräsentativen Demokratie als die zentrale politische Aktivität der Staatsbürger gilt, schien das Anwachsen der Wahlenthaltung die Legitimität der Regierungen zu gefährden. Die fortschreitende Wahlenthaltung wurde oft einem zunehmenden Desinteresse der Bürger an der Politik zugeschrieben, das sich seinerseits durch die Tendenz zum Individualismus erklären ließ. Andere betonten dagegen die Entwicklung neuer Formen des sozialen und politischen Engagements, welche die Diagnose einer Entpolitisierung der Bürger widerlegten. In beiden Fällen wurden die Grenzen der repräsentativen Demokratie als Ausdruck der Volkssouveränität wieder zum Thema. Die Kritik an den Unzulänglichkeiten der repräsentativen Demokratie ist zwar so alt wie die repräsentative Demokratie selbst, sie findet sich bereits bei den Sozialisten und den Kommunisten des 19. Jahrhunderts

2 Exemplarisch: Archibugi u. Held 1995; McGrew 1997; Habermas 1998.

und überhaupt bei allen Verfechtern der direkten Demokratie. Das Wiederaufblühen dieser Kritik und vor allem der Anklang, den sie jenseits der politischen Philosophie bzw. der politischen Theorie gefunden hat, war aber ein erstes Symptom des Unbehagens in Bezug auf den heutigen Zustand unserer Demokratien. Diese Kritik löste zahlreiche Experimente und Forschungsarbeiten über »deliberative« bzw. »partizipative« Formen der demokratischen Aktivität der Staatsbürger aus (z.B.: Degrange 2006; Sintomer 2007; Blondiaux 2008). Hintergrund dieser Experimente und Analysen waren die politischen Wirkungen der wirtschaftlichen Globalisierung. Dass die Übertragung der politischen Entscheidungsmacht auf gewählte Gesetzgeber und Verantwortungsträger eine Verzerrung oder Verformung der Volkssouveränität hervorrufen kann, ist nämlich keine Neuheit. Dennoch konnte der Gegensatz zwischen politischen Parteien, die mehr oder weniger unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe verteidigten, die Staatsbürger glauben lassen, dass sie durch die repräsentative Vertretung einen zwar indirekten, aber realen Einfluss auf den »politischen Willen« ausübten. Die wirtschaftliche (neoliberale) Globalisierung hat aber die Handlungsfähigkeit der nationalen Regierungen stark eingeschränkt. Parallel dazu hat die Macht der »Experten« auf Kosten derjenigen der Staatsbürger zugenommen. Formal gründen zwar die politischen Verantwortungsträger der demokratischen Staaten immer noch ihre Legitimität auf die Volkswahl. Ihre wichtigsten Entscheidungen in Bezug auf Wirtschafts- und Sozialpolitik sind aber meistens durch Bedingungen und Machtinstanzen determiniert, die der Kontrolle durch die Wähler entzogen sind. Mit der Erosion des staatlichen Machtmonopols und der damit zusammenhängenden anwachsenden Technokratisierung der »Governance« verliert die Wahl im nationalen Rahmen an Bedeutung. Versuche, das Wahlverfahren auf einer breiteren Ebene zu entwickeln – beispielsweise in der Europäischen Union – reichen bisher nicht aus, um den Staatsbürgern ihr Ohnmachtsgefühl zu nehmen.

Studien über die kosmopolitische Demokratie und alternative Formen der demokratischen Aktivität sind immer noch aktuell. Der Populismus gilt aber jetzt als Hauptsymptom der Krise der liberalen Demokratien. Die inflationistische Benutzung der Vokabeln »Populismus«, »populistisch« in der Sprache der Medien und der Politik macht es schwer, die damit bezeichneten Phänomene und Sachlagen genau zu bestimmen (Colliot-Thélène u. Guénard 2014, S. 5-26). Alle theoretischen Behandlungen des »Populismus« beginnen mit der Feststellung, dass der Begriff vieldeutig sei. Dieser Unbestimmtheit zum Trotz, wird dennoch nach der Beziehung zwischen »dem« Populismus und »der« Demokratie gefragt. Die Antworten auf diese

Frage verteilen sich schematisch zwischen zwei Polen. Die Einen betrachten den Populismus als eine Pathologie der Demokratie (Rosanvallon 1998), die Anderen sehen darin eine periodisch wiederkehrende und notwendige Phase ihrer Erneuerung (Laclau 2005). Der Nutzen, den die Bildung eines brauchbaren wissenschaftlichen Begriffs des »Populismus« bringen könnte, ist aber fragwürdig. Trotz seltener Versuche einer positiven Aneignung bleibt das Wort durch seine generell abschätzige Verwendung in der Sprache der Medien und der Politik belastet. Die Bildung eines Idealtypus des Populismus (z.B. Müller 2016) geht immer aus von einer Wahl zwischen den »guten« und den »schlechten« Verwendungen des Wortes. Als »populistisch« im strikten Sinn sollten z.B. nur die Bewegungen und Parteien bezeichnet werden, die den Fremdenhass schüren oder den politischen Pluralismus in Frage stellen. Dabei erspart man sich aber eine Reflexion über die aktuell extensive und undeutliche Benutzung des Wortes. In der Sprache der Leitmedien und der Vertreter der traditionellen Parteien wird das Wort oft benutzt, um jede Kritik an einer herrschenden Doxa zu diskreditieren, die sowohl die Anerkennung bestimmter Institutionen und Werte als auch die Zustimmung zu den wesentlichen Orientierungen einer besonderen Wirtschafts- und Sozialpolitik undifferenziert umfasst. »Populismus« wird als ein epidemisches Virus vorgestellt, das sich neuerdings in Europa und den Vereinigten Staaten ausbreitet. Die »Massen« werden verdächtigt, wegen ihren bekannten »Irrationalität« bzw. ihres Mangels an Kompetenzen dafür besonders anfällig zu sein. Die Tatsache, dass sowohl die linke als die rechte Kritik an dem Grundkonsens, den die traditionellen Regierungsparteien teilen, unter denselben Begriff gefasst werden, verhindert jede Analyse der Gründe, weshalb ein zunehmender Teil der Staatsbürger den Vertretern dieser Regierungsparteien nicht mehr traut. Das partielle Überlappen der Kritiken der »Links- und Rechts-Populisten« an dem herrschenden Konsens sollte aber kein Vorwand sein, um jede Kritik an diesem Konsens als einen Angriff auf die Demokratie zu betrachten. Sofern dieser Konsens auf der Dogmatisierung einer bestimmten Wirtschaftspolitik beruht, die der Diskussion durch die Staatsbürger prinzipiell entzogen wird, ist er im Gegenteil mit der Leitidee der Demokratie kaum vereinbar. Dort, wo es keine Alternative gibt, gibt es auch keinen Raum für eine demokratische Politik.

Es ist eine Fehldeutung, den »Populismus« als Zeichen einer Entpolitisierung der Staatsbürger wahrzunehmen. Wenn sich die Wahlenthaltung manchmal (aber nicht immer) aus Desinteresse an der Politik erklären lässt, offenbaren im Gegenteil die Wahlerfolge der als populistisch bezeichneten Bewegungen, ob links- oder rechts, ein Verlangen nach einer politischen